LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

.2025
Drucksache
8/

öffentlich

Antrag

–

Fraktion Die Linke

Chemie-Cluster Mitteldeutschland liegt in Verantwortung von Bundes- und Landesregierung und muss gerettet werden!

Der Landtag stellt fest, dass die chemische Industrie eine zentrale und für die gesamte Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts unverzichtbare Schlüsselbranche ist. Sie bildet nicht nur eine tragende Säule der industriellen Wertschöpfung, sondern wirkt weit in andere Sektoren hinein und prägt maßgeblich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Der Umbau der Anlagen auf umweltfreundliche Technologien und die Sicherung von Arbeitsplätzen und Kapazitäten in den Standorten Leuna, Schkopau und Bitterfeld-Wolfen hat für den Landtag oberste Priorität.

Der Landtag wolle beschließen,

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. gemeinsam mit dem Bund, DOW zur Freigabe der Anlagen in Böhlen und Schkopau für Nachfolgeinvestoren zu verpflichten, um Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten zu sichern.
2. Land und Bund müssen im Zweifel alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreifen, um eine Blockadehaltung des Konzerns zu durchbrechen und die Übernahme der Anlagen durch Nachfolgeinvestoren oder – sofern dies scheitert – durch Vergesellschaftung sicherzustellen.
3. sicherzustellen, dass DOW seiner gesellschaftlichen Verantwortung nachkommt und Förderungen nicht zum Nachteil der Region genutzt werden.
4. ein industriepolitisches Konzept für Mitteldeutschland zu entwickeln, das den Erhalt der Chemieindustrie und der regionalen Wirtschaft garantiert; öffentliche Fördermittel sind an gesellschaftliches Interesse zu binden.
5. sich auf Bundesebene und oder im Bundesrat dafür einzusetzen, Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klima (SVIk) für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur im mitteldeutschen Chemiedreieck einzusetzen.

Begründung

(Ausgegeben am .2024)

Die chemische Industrie ist mit rund 13.000 Beschäftigten in Sachsen-Anhalt ein Kernpfeiler des verarbeitenden Gewerbes des Landes. Im mitteldeutschen Chemiestandortverbund CeChemNet sichern fast 600 Betriebe in den Chemieparks insgesamt etwa 30.000 Arbeitsplätze. Allein in Sachsen-Anhalt liegt der Anteil der Chemieindustrie am Bruttoinlandsprodukt bei 27%. Diese Zahlen verdeutlichen die starke Verankerung der Chemiebranche in der regionalen Wirtschaftsstruktur und ihren entscheidenden Beitrag zur Wertschöpfung und Beschäftigung im Land

Im Rahmen des Wirtschaftsausschusses am 27. November 2025 wurde jetzt deutlich, dass DOW trotz staatlicher Unterstützung und der Freistellung von Altlasten keinerlei Interesse zeigt, die Anlagen zu verkaufen oder sich an einer Übergangsgesellschaft „InduServe 2.0“ zu beteiligen. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass der Konzern eine Marktbereinigung von Überkapazitäten zulasten der Region Sachsen-Anhalt und Sachsens plant. Der Rückzug von Dow aus Schkopau und Böhlen birgt daher das Risiko eines Dominoeffekts für die gesamte Wertschöpfungskette.

Die Beschäftigten, die seit Jahren für den Erfolg des Unternehmens stehen, werden so vor die existenzielle Frage gestellt, ob ihre Arbeit und ihre Lebensgrundlage noch sicher sind. Gleichzeitig droht die Region, in der DOW lange hohe Profite erzielte, wertvolle industrielle Infrastruktur und Expertise zu verlieren. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung, wie die Abschaffung der Gasspeicherumlage oder der Industriestrompreis, greifen zu kurz, wenn die Grundlage der vernetzten Chemieindustrie – die Produktionsstandorte selbst – bedroht bleiben.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion Die Linke ein entschlossenes und koordiniertes Vorgehen von Land und Bund. DOW muss verpflichtet werden, die Anlagen für Nachfolgeinvestoren freizugeben, um Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten zu sichern. Kommt der Konzern dieser Pflicht nicht nach, müssen Land und Bund im Zweifel alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreifen, um eine Blockadehaltung zu durchbrechen und die Übernahme durch geeignete Investoren sicherzustellen.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass DOW seiner gesellschaftlichen Verantwortung nachkommt und öffentliche Förderungen nicht zum Nachteil der Region nutzt. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, ein industriepolitisches Gesamtkonzept für Mitteldeutschland zu entwickeln, das den Erhalt der Chemieindustrie und der regionalen Wirtschaft langfristig garantiert und öffentliche Fördermittel klar an das gesellschaftliche Interesse bindet.

Schließlich muss die Landesregierung auf Bundesebene, unter anderem im Bundesrat, darauf hinwirken, dass Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klima (SVIK) für den gezielten Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur im mitteldeutschen Chemiedreieck eingesetzt werden. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie, sichert Arbeitsplätze und macht die Region zukunftsfest im Rahmen der Energiewende.

Nur durch entschlossenes Handeln von Land und Bund lässt sich der Erhalt des Chemie-Clusters, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Stabilität der regionalen Wirtschaft nachhaltig gewährleisten.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende